

3 Weniger Beton, mehr Grünflächen
Gemeinde Schaan rüstet sich für den Klimawandel.

8 Russland stimmt über Verfassung ab
Putins Machterhalt gekoppelt mit jährlicher Rentenerhöhung.

11 Saisonstart im Le-Mans-Cup
Matthias Kaiser ist gerüstet
«Ein Top-5-Platz ist durchaus realistisch»



Volksblatt



Freitag, 26. Juni 2020
143. Jahrgang Nr. 118

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

S-Bahn Infoveranstaltung in Triesen

Im Triesner Gemeindefaal findet heute Abend um 19 Uhr eine weitere Infoveranstaltung des Ministeriums Infrastruktur, Wirtschaft und Sport zum Mobilitätskonzept 2030 statt. Dabei soll über die Bedeutung des Massnahmenpakets und über den Finanzbeschluss zur S-Bahn Liechtenstein informiert werden. Neben Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch werden weitere Referenten die Massnahmen vorstellen.

Inland Körperverletzung, ein Stalker, eine unerlaubte Schreckschusspistole: Das Landgericht hatte sich am Donnerstag mit einer Vielzahl verschiedener Fälle zu beschäftigen. **Seite 5**

Wirtschaft Im Kanton St. Gallen sollen sich die Arbeitsbedingungen für 24-Stunden-Pflegerinnen aus dem Ausland verbessern. Ab dem 1. Juli gilt die Präsenzzeit auch als Arbeitszeit. **Seite 9**

Sport Der FC Vaduz ist weiter im Hoch, kämpft um den Aufstieg in die Super League. Einer hat derzeit aber wenig Freude: Nationalspieler Maximilian Göppel ist im Moment aussen vor beim Frick-Team. **Seite 13**

Kultur Er ist ursächlich für den bildungsbürgerlichen Regenbogen der Literatur: Am 1. Juli wird der Suhrkamp Verlag 70 Jahre alt. Ein Rückblick. **Seite 15**

Panorama Ein Regenbogen erhitzt die Gemüter. Anlässlich des Gay-Pride-Monats hat die US-Botschaft in Moskau eine Regenbogenflagge gehisst. Ausgerechnet in Russland, wo Präsident Putin in die Verfassung schreiben will, dass die Ehe nur zwischen Mann und Frau eingegangen werden darf. **Seite 20**

Wetter Über den Tag verteilt ein paar Regengüsse und Gewitter. **Seite 18** **17° 28°**

Inhalt			
Inland	2-7	Kultur	15
Ausland	8	Kino/Wetter	18
Wirtschaft	9+10	TV	19
Sport	11-14	Panorama	20

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz



9 771812 601006

Medicnova-Verwaltungsrat droht Klage wegen Pflichtverletzung

Pflichtverletzung Wie sich im Zuge des Konkursverfahrens zeigte, hätte der Medicnova-Verwaltungsrat zwei Monate früher die Notbremse ziehen müssen, um weitere Verluste von bis zu einer Million Franken zu verhindern. Nun droht eine Klage.

VON DANIELA FRITZ

Knapp zwei Jahre ist es nun her, dass die Medicnova Privatklinik AG Konkurs anmeldete. «Es ist ein schwerer, aber ein notwendiger Schritt, da der Medicnova aufgrund zu geringer liquider Mittel Zahlungsunfähigkeit droht. Um noch möglichst viele Verpflichtungen erfüllen zu können, sind wir gezwungen, Konkurs anzumelden», teilte Hansjörg Marxer, Vorsitzender des Verwaltungsrates, damals mit. Kurz darauf, am 13. Juli 2018, musste der zwischenzeitlich eingesetzte Masseverwalter Alexander Ospelt den Betrieb einstellen und den 47 Mitarbeitern kündigen. Die finanzielle Lage habe es nicht erlaubt, die Privatklinik fortzuführen.

10 Millionen Franken offen

Das Konkursverfahren ist mittlerweile in weiten Teilen abgeschlossen. Anerkannt wurden Forderungen in Höhe von rund 10 Millionen Franken, jedoch werden nicht alle Gläubiger ihr Geld wiedersehen. Wie Ospelt auf «Volksblatt»-Anfrage informierte, konnten aber die ausstehenden Löhne der Mitarbeiter in Höhe von rund zwei Millionen Franken bezahlt werden. Die Chancen stehen ausserdem gut, dass die noch ausstehenden Forderungen der Steuerverwaltung, AHV und Arbeitslosenversicherung als Erstklassgläubiger getilgt werden. Um das Verfahren abzuschliessen, müssen nun noch die Verantwortlichkeitsansprüche geklärt werden. Dazu prüfte Ospelt, ob der Verwaltungsrat richtig gehandelt hatte. Wie er am Donnerstag im Zuge eines Versteigerungsdiktums berichtete, sichtete er alle vorhandenen Dokumente, angefangen mit dem Business-



Der Medicnova-Verwaltungsrat hatte mit der Konkursanmeldung zu lange gewartet. (Foto: Michael Zanghellini)

plan aus dem Jahr 2015. Ospelt merkte dazu an, dass die Geschäfte vorangetrieben wurden, obwohl die vertraglichen Grundlagen wie etwa ein OKP-Vertrag noch nicht vorlagen. Der Verwaltungsrat hätte diesbezüglich aber keine Pflichten verletzt, da die Gespräche mit dem Krankenkassenverband und der Regierung damals sehr vielversprechend verlaufen seien.

Monatlich hohe Verluste

Es kam allerdings anders, eine OKP-Bewilligung erhielt die Privatklinik nie. Im Dezember 2016 einigten sich die Klinikbetreiber zwar schliesslich mit dem Krankenkassenverband auf einen Tarifvertrag. Schon damals sei laut Ospelt aber absehbar gewesen, dass die Fallzahlen damit geringer ausfallen würden als kalkuliert und mit monatlichen Verlusten von

300 000 bis 400 000 Franken zu rechnen sei, wenn man das Geschäftsmodell nicht anpasst. Eine zusätzliche Kapitalspritze sollte das Ruder noch herumreissen, diese war angesichts des monatlichen Mittelabflusses aber rasch aufgebraucht. An einer Generalversammlung vom 3. Mai 2018 trafen sich die Klinikbetreiber zur Lagebesprechung. Damals war laut dem Masseverwalter schon ersichtlich, dass ohne eine weitere Kapitalspritze gerade noch genug flüssige Mittel vorhanden wären, um die Löhne zu bezahlen. Dies sei damals auch so im Protokoll vermerkt worden.

Zu spät reagiert

«Der Verwaltungsrat hätte dort die Notbremse ziehen müssen, da die Zahlungsfähigkeit nicht mehr gegeben war», so Ospelt. Ab diesem 3.

Mai sei es nicht mehr gerechtfertigt gewesen, an den Fortbestand der Klinik zu glauben. Hier stellte der Masseverwalter eine Pflichtverletzung des Verwaltungsrates fest. Die monatlichen Verluste waren mittlerweile auf bis zu 500 000 Franken angewachsen. «Wäre im Mai der Konkursantrag gestellt oder das Gericht zumindest über die Situation in Kenntnis gesetzt worden, hätte ein Verlust von 800 000 bis eine Million Franken verhindert werden können», verdeutlichte Ospelt. Für den Medicnova-Verwaltungsrat hat dies nun voraussichtlich rechtliche Konsequenzen. Sofern es innerhalb der dreimonatigen Frist nicht noch zu einem aussergerichtlichen Vergleich kommt, wird der Masseverwalter Klage gegen den Verwaltungsrat einreichen, weil dieser seine Pflicht verletzt hatte.

Coronavirus Infektionszahlen in der Schweiz steigen wieder

BERN In der Schweiz sind innerhalb eines Tages 52 neue Ansteckungen mit dem Coronavirus gemeldet worden. «Wir sehen eine leichte Tendenz zu steigenden Fallzahlen», sagte Stefan Kuster vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) am Donnerstag vor den Medien. Aktuell lägen 22 Personen wegen COVID-19 auf Intensivstationen, elf davon würden beatmet. In der ganzen Schweiz befänden sich 160 Personen in Isolation, 715 weitere in Quarantäne, sagte Kuster. Total gab es bisher 4029 Hospitalisationen wegen COVID-19, wie der Webseite des BAG zu entnehmen ist. Der steigende Trend in den vergangenen Tagen kommt laut Kuster nach den Lockerungsschritten nicht ganz unerwartet. Es gebe eine Häufung von Fällen bei Einreisenden aus Serbien. Mit dem Land bestünden zwar noch Einreisebeschrän-

kungen, doch in Ausnahmefällen sei eine Einreise möglich.

Konsequent testen

Bei der aktuellen Entwicklung sei es immer wichtiger, auf das Contact Tracing und die Swiss-COVID-App als Hilfsmittel zu setzen. Auch ein systematisches Testen sei unerlässlich, sagte Kuster. Gesundheitsminister Berset appellierte bereits am Mittwoch an die Disziplin der Bevölkerung: «Bitte halten Sie sich weiterhin an die Regeln.» Es sei absolut notwendig, dass sich viele testen liessen, auch bei leichten Symptomen. Am Mittwoch wurden 10 000 Personen getestet. Insgesamt beläuft sich die Zahl der durchgeführten Tests auf SARS-CoV-2, den Erreger von COVID-19, auf 534 490. Bei sieben Prozent dieser Tests fiel das Resultat positiv aus. (sda)

Nicht in der Schweiz

Deutsche Corona-App im Ausland verfügbar

BERLIN Die Corona-Warn-App aus Deutschland kann nun auch von vielen Besuchern aus dem europäischen Ausland heruntergeladen und verwendet werden. Am Donnerstag erschien die Anwendung in elf europäischen Ländern in den jeweiligen App-Stores. Die App kann damit von Anwendern aus den Benelux-Staaten, Frankreich, Österreich, der Tschechischen Republik, Polen, Dänemark, Rumänien und Bulgarien verwendet werden, wenn sie sich in Deutschland aufhalten. Das RKI betonte, mit der Verfügbarkeit in den ausländischen Stores richte man sich «sowohl an diejenigen, die dauerhaft in Deutschland leben als auch diejenigen, die sich temporär z. B. im Urlaub hier aufhalten». Aus welchem Land die SIM-Karte des Smartphones stammt, spiele keine Rolle. (sda/dpa)

Gerettet

Der Staat steigt bei der Lufthansa ein

FRANKFURT Die Lufthansa kann mit deutscher Staatshilfe weiterfliegen. Die Aktionäre des Flugkonzerns stimmten einer 20-prozentigen Kapitalbeteiligung der Bundesrepublik zu. Das damit verbundene Hilfspaket über neun Milliarden Euro kann nun umgesetzt werden. Das sorgt auch bei der Lufthansa-Tochter Swiss für Erleichterung. Im Ringen um das staatliche Rettungspaket hatte die Lufthansa-Spitze an der ausserordentlichen Hauptversammlung am Donnerstag den Druck auf die Aktionäre noch einmal erhöht. «Wir haben kein Geld mehr», sagte Aufsichtsratschef Karl-Ludwig Kley. Ohne das Unterstützungspaket von neun Milliarden Euro hätte die Airline Kley zufolge «in den nächsten Tagen» die Insolvenz anmelden müssen. (sda/dpa) **Seite 10**